

II-2124 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10731J

1981 -03- 20

A N F R A G E

der Abgeordneten DR.OFNER, DR.JÖRG HAIDER, DR.STIX, ING.MURER
an den Herrn Bundesminister für Verkehr
betreffend postalische Überweisung von Familienbeihilfen

Da Ansprechtsberechtigte nach dem Familienlastenausgleichsgesetz, die selbständig erwerbstätig sind, die Familienbeihilfe vierteljährlich im nachhinein ausbezahlt erhalten, liegen die hier im Wege der Post angewiesenen Summen in vielen Fällen höher als der Betrag von 6.000,-- Schilling, bei dessen Überschreitung nach einer von der Post gehandhabten Regelung die Geldsendung nur vom Adressaten selbst übernommen werden kann. Das führt in der Praxis häufig dazu, daß der Gattin des Anspruchsberechtigten die Familienbeihilfenzahlung nicht ausgefolgt wird - es sei denn, sie weist eine mit 100,-- Schilling gestempelte Vollmacht vor. Über die sich daraus ergebenden Komplikationen wird von Gewerbetreibenden und Landwirten immer wieder Klage geführt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr die

A n f r a g e :

1. Wann wurde die in Rede stehende Betragsgrenze festgesetzt?
2. Besteht die Absicht, diesen Betrag in nächster Zeit zu valorisieren?
3. Welche sonstigen Vereinfachungen bzw. Erleichterungen werden im gegenständlichen Zusammenhang erwogen?